

# Start in herausfordernden Zeiten

Offenburger Haus des Jugendrechts zieht eine erste Zwischenbilanz/Öffnung Mitte Februar in der Straßburger Straße

In Kooperation mit der Staatsanwaltschaft Offenburg, dem Polizeipräsidium Offenburg sowie dem Landratsamt Ortenaukreis und dem Amtsgericht Offenburg hat das Haus des Jugendrechts Offenburg am 17. Februar dieses Jahres seine Arbeit aufgenommen. Eine erste Zwischenbilanz zeigt das erfolgreiche Arbeiten der Einrichtung. Sechs davon gibt es bisher in Baden-Württemberg.

Unter einem Dach arbeiten in der Straßburger Straße 7 drei Jugenddezernenten sowie zwei Justizhauptsekretarinnen der Staatsanwaltschaft Offenburg jeweils im wöchentlichen Wechsel, zwei Mitarbeiterinnen des Jugendamts des Landratsamts Ortenaukreis sowie sechs Jugendsachbearbeiter des Polizeireviers Offenburg zusam-

## Zuständigkeit

men. Bezogen auf die Strafverfolgung umfasst die Zuständigkeit des Hauses des Jugendrechts Offenburg derzeit Straftaten unter 18-jähriger Jugendlicher mit Wohnort in Offenburg (Stadtgebiet mit Ortsteilen) sowie der Gemeinde Durbach. Soweit es sich bei den begangenen Straftaten um Sexual- und Tötungsdelikte oder schwere Rauschgiftdelikte, Wohnungseinbrüche, Staatsschutzdelikte und Verkehrsunfallsachen handelt, bleibt es bei der Zuständigkeit der Spezialdezernate der jeweiligen Polizeidienststellen und der Staatsanwaltschaft Offenburg.

Wohnortunabhängig ist die Einrichtung aufgrund der besonderen Bedeutung darüber hinaus auch zuständig für Jugendliche aus dem gesamten Landgerichtsbezirk Offenburg, die aufgrund bestimmter Kriterien wie Anzahl, Häufigkeit oder Schwere einer Straftat als „jugendliche Intensivtäter“ eingestuft werden.

Durch die Bündelung vorhandener Ressourcen unter einem Dach soll erzieherisch so auf den jugendlichen Straftäter eingewirkt werden, dass dieser künftig keine Straftaten mehr begeht. Herwig Schäfer,



Intensive Zusammenarbeit von vier Behörden im Haus des Jugendrechts.

Foto: Polizei Offenburg

Leitender Oberstaatsanwalt der Staatsanwaltschaft Offenburg betont daher: „Um dieses Ziel zum Erfolg werden zu lassen, ist es besonders wichtig, dass möglichst alle am Verfahren beteiligten Stellen eng und intensiv zusammenarbeiten. Nur so können wir sicherstellen, dass zeitnah und koordiniert unter Berücksichtigung der Persönlichkeit und des Umfeldes des Jugendlichen auf dessen straffälliges Verhalten möglichst passgenau reagiert werden kann.“

Dazu sollen die Vorgänge in Fallkonferenzen bewertet und das weitere, gemeinsame Vorgehen im Einzelfall abgestimmt werden. In den Entscheidungsprozess mit einbezogen werden auch die Erziehungsberechtigten des jugendlichen Straftäters sowie externe Organisationen, etwa die Diakonie oder die Soziale Rechtspflege Ortenau e.V.

Polizeipräsident Reinhard Renter pflichtet dem bei: „Die durch das Haus des Jugendrechts geschaffenen kurzen Drähte optimieren nicht nur die Zusammenarbeit unter den beteiligten Behörden und Projektpartnern, sondern auch die Interventionsmöglichkeiten gegen die Jugendkriminalität. Ich bin von der Wichtigkeit dieser Institution völlig überzeugt und freue mich, dass wir als Partner dieser neu geschaffenen Kooperation unseren Teil zur Gewährleistung der Sicherheit im Bereich des Poli-

zeipräsidioms Offenburg miteinbringen können.“

Die Akteure der Einrichtung haben es sich neben Maßnahmen zur Strafverfolgung auch zum gemeinsamen Ziel gemacht, Kriminalität durch Prävention zu vermeiden und den Opferschutz zu stärken.

Mit Wehmut berichtet Polizeihauptkommissar Stephan Krämer, Koordinator des Hauses des Jugendrechts auf Seiten des Polizeireviers Offenburg: „Die Prävention an Schulen, ein wesentlicher Bestandteil unserer Arbeit, kann lei-

## Prävention an Schulen

der derzeit aufgrund der Covid-19-Pandemie nicht umgesetzt werden. Wir werden aber zeitnah nach Wiederaufnahme des Schulbetriebs versuchen, mit den Schulen hierzu Termine zu vereinbaren, auch wenn dies aufgrund erforderlicher Schutzmaßnahmen erst wieder im kommenden Schuljahr gelingen dürfte.“

Oberamtsanwalt Andreas Wurth, Jugenddezernent bei der Staatsanwaltschaft Offenburg, betont einerseits: „Leider wurden wir nur wenige Wochen nach Aufnahme des Betriebes durch die erforderlichen Schutzmaßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie in der Umsetzung unserer Ideen und Projekte merklich ausgebremst.“ Gleichwohl bewertet er bereits jetzt die intensive Zusammenarbeit mit

den Mitarbeitern der Polizei und des Jugendamts als gewinnbringend. „Wir haben bereits arbeits- teilig verschiedene Aufgaben und Ziele in Angriff genommen und Überlegungen zu künftigen Projekten angestellt, wie beispielsweise einem Opferschutzfonds und zur Ausweitung möglicher Einsatzstellen für die Ableistung von Arbeitsstunden. Zugleich wurden in enger Absprache Informationsflüsse und Arbeitsabläufe optimiert“, ergänzt Wurth.

## Besonderheit

Derzeit laufen erste Fallkonferenzen an, die es neben zeitnahen strafprozessualen Maßnahmen ermöglichen, seitens des Jugendamts einen möglichen Hilfebedarf des Jugendlichen zu prüfen.

Landrat Frank Scherer erklärt: „Die Jugendhilfe im Strafverfahren begleitet und berät junge Menschen, gegen die ein Strafverfahren eingeleitet wurde. Die enge Verzahnung, regelmäßiger Austausch und gute Absprachen der am Verfahren beteiligten Institutionen im Haus des Jugendrechts sind die Erfolgsfaktoren für wirksame und abgestimmte Lösungen im Sinne der Jugendlichen und ihrer Familien. Ich freue mich, dass das Haus des Jugendrechts seine Arbeit nun aufnehmen konnte und damit die gute Zusammenarbeit und Kooperation des Jugendamtes mit Polizei und Justiz nochmals weiterentwickelt wird.“

Eine Besonderheit der Offenburger Einrichtung ist die direkte Einbindung des örtlichen Jugendamts, die sich darin zeigt, dass das Landratsamt Ortenaukreis als Träger der Jugendhilfe vor Ort räumlich vertreten ist. Aufgrund der Ausdehnung des Ortenaukreises, der sich größtenteils mit dem Landgerichtsbezirk Offenburg deckt, bestehen besondere Herausforderungen für die Anbindung aller Bezirke. Daher wurden bereits bei der Erstellung des Konzepts Standorte in Kehl und Lahr ins Auge gefasst. Konkrete Planungen hierzu bestehen bisher aber noch nicht.